

LIBERAL
BETRACHTET

VON GEORG VETTER

Ich, der Bleistift,
bin traurig

Keine einzige Person auf dieser Erde weiß im Detail, wie ein Bleistift hergestellt wird. Nun soll es in der Europäischen Union ein Lieferkettengesetz geben.

1958 schrieb Leonhard E. Read einen Essay über den Stammesbaum des Bleistifts. Read illustrierte die Überlegenheit des freien Marktes gegenüber jeglicher Planwirtschaft am Beispiel der Lieferkette eines Bleistifts. Der Essay wurde berühmt. Selbst auf YouTube findet man heute einen siebenminütigen Film „Ich, der Bleistift“. Angesichts des geplanten EU-Lieferkettengesetzes muss der Bleistift seine Geschichte heute ergänzen:

„Ich, der Bleistift, bin ein Wunder. So einfach ich zu sein scheine, so komplex ist mein Werdegang. Keine einzige Person auf dieser Erde weiß im Detail, wie ich hergestellt werde. Ich bestehe aus Holz, Lack, Gravur, Graphitblei, ein bisschen Metall und Radiergummi. Allein für die Beschaffung des Holzes braucht man Baumfäller mit Sägen. Schiffe und Lkws bringen das Holz in die Bleistiftfabrik. Der Graphit wird mit Ton vermischt, wobei Ammoniumhydroxid im Veredelungsprozess verwendet wird. Das Holz enthält sieben Lack-schichten. Die Gravur braucht Harze. Für das Messing müssen Zink und Kupfer abgebaut werden. Der Gummi entsteht aus einer Reaktion von Rapsöl mit Schwefelchlorid. Möchte jetzt noch jemand meine Behauptung infrage stellen, dass keine Einzelperson auf dieser Erde weiß, wie ich hergestellt werde?

Ich, der Bleistift, bin eine komplexe Kombination von Wundern: ein Baum, Zink, Kupfer, Graphit usw. Aber zu diesen Wundern, die sich in der Natur offenbaren, gesellt sich ein weiteres Wunder: der Aspekt menschlicher schöpferischer Energien – Millionen winziger Wissens-elemente, Fähigkeiten, die sich natürlich als Antwort auf menschliche Bedürfnisse und Wünsche ergeben. Diese spontane Ordnung stellt sich ganz ohne zentrale menschliche Führungspersönlichkeit ein.

Die Lehre, die ich zu erteilen habe: Lasst alle kreativen Energien unbehindert. Die Rechtsordnung der Gesellschaft soll alle Hindernisse so gut wie möglich entfernen. Glaubt an die Freiheit.

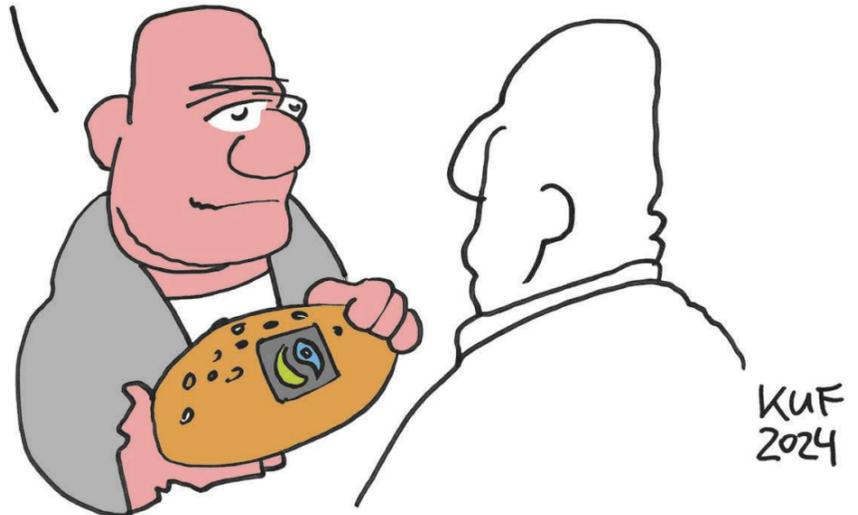
Und nun soll es in der EU ein verfassungsrechtlich bedenkliches Lieferkettengesetz geben. Größere Unternehmen sollen global verpflichtet werden, negative Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf Menschenrechte und die Umwelt zu identifizieren und gegebenenfalls zu verhindern, zu beenden oder abzuschwächen. Dazu gehören Aspekte wie Kinderarbeit, Sklaverei, Arbeitsausbeutung, Umweltverschmutzung, Umweltzerstörung und der Verlust der Artenvielfalt. Sie sollen die Auswirkungen ihrer Wertschöpfungs-partner entlang der gesamten vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette überwachen und bewerten, einschließlich Rohstofflieferanten, Entwicklung und Produktion, Verkauf, Vertrieb, Transport, Lagerung und Abfallbewirtschaftung.

Ich, der Bleistift, wundere mich über den moralisch verbrämten Neokolonialismus. Die Staaten dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer einmischen und nehmen die eigenen Unternehmen in die Pflicht. Mit seinem Missionseifer wird sich das europäische Wesen weltweit keine Freunde machen. Die planwirtschaftliche Versuchung kommt einmal mehr im Gewand der Weltverbesserung daher. Wieder einmal ist der Weg zur Hölle mit den besten Vorsätzen gepflastert.

Ich, der Bleistift, bin traurig. Im Namen der Menschenrechte geht ein großes Stück Freiheit verloren.“

Dr. Georg Vetter (*1962) ist Anwalt und Präsident des Clubs Unabhängiger Liberaler. Er war Mitglied des Team Stronach, wechselte 2015 in den Parlamentsklub der ÖVP und schied 2017 endgültig aus dem Nationalrat aus.

FAIRTRADE, SO UNTERSTÜTZEN
SIE ARME UKRAINISCHE BAUERN,
DAMIT SIE IHRE KINDER IN DEN
KRIEG SCHICKEN KÖNNEN

Warum der Aufschrei der
Bauern ernst zu nehmen ist

Gastkommentar. Eine Replik auf jüngste Kommentare von Oliver Grimm und Rosemarie Schwaiger.

VON MAXIMILIAN HARDEGG

Es war der über Jahre angestaute Frust, welchen die Landwirte schlussendlich auf der Straße „entleerten“. Der zündende Funke dieser von Deutschland ausgehenden Proteste ist dabei fast schon unerheblich. Viel interessanter ist, dass sich eine echte Protestwelle daraus entwickelte, von Deutschland über Belgien und Frankreich bis nach Italien und Rumänien. Es scheinen also die Probleme im EU-Binnenmarkt überall die gleichen zu sein: eine erdrückende Bürokratie, zu tiefe Erzeugerpreise, die behördlich immer stärkere Einschränkung der Freiheit, eine realitätsfremde EU-Kommission mit absurden Vorschlägen, welche im Green Deal zusammengefasst sind, eine EU-Freizhandelspolitik mit Südamerika und der im Krieg befindlichen Ukraine, welche im Ergebnis die europäischen Landwirte in schwere Bedrängnis bringt und aus dem Markt drängt.

In einer vor einigen Jahren von der WU Wien, Forschungsinstitut für Familienunternehmen, durchgeführten Studie unter tausend Landwirten in NÖ kam klar das Grundgefühl der Befragten zum Ausdruck, „alles in den Betrieb zu stecken, aber zu wenig zurückzubekommen“. Die vertiefende Nachfrage ergab, dass es hierbei nicht nur ums Geld, sondern vor allem um gesellschaftliche Anerkennung für das Geleistete geht. Diese fehlende Anerkennung führt dazu, dass die Jungen die Betriebe nicht mehr übernehmen wollen: Fast die Hälfte der Betriebsleiter im Alter von 50+ und 55+ wissen nicht, wer den Betrieb übernehmen wird.

Dabei bezeichnen wir Landwirte unseren Beruf als den „schönsten auf der Welt“, die Arbeit unter freiem Himmel, das intensive Erleben von Natur und Jahreszeiten, die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln und deren Vermarktung (und Verteilung) sowie die Sorge um Natur und Umwelt, Biodiversität und Nutztiere erfordern

ein hohes Verantwortungsgefühl. In kaum einer Wirtschaftsbranche ist leichter erkennbar, wie eng Freiheit und Glück beisammen sind.

Der Frust kommt daher, dass es den Landwirten offenbar nicht gelingt, einen fairen Anteil an der Wertschöpfungskette von Nahrungsmitteln zu erhalten. Eigene Berechnungen ergeben, dass die Ausgangserzeugnisse für Lebensmittel wie Weizen, Kartoffeln und Fleisch nur für knapp ein bis fünf Prozent der Endverbraucherpreise verantwortlich zeichnen. Weit über 90 Prozent verdienen Verarbeitung, Handelsmarken und Handel. Der Landwirt geht also fast leer aus und schafft es nicht, einen der Leistung entsprechenden Wertschöpfungsanteil durchzusetzen.

Als Beispiel sei ein Kilo Brot angeführt, das beim Bäcker 7 €/kg kostet. Der Landwirt bekommt für ein Kilo Weizen 23 Cent, das sind etwas mehr als 3 %. Bei Pommes frites ist es noch krasser, da kosten im Fast-Food-Lokal 150 Gramm vier Euro, umgerechnet auf ein

PIZZICATO

Donald pumpt Onkel Dagobert an

Würde er tatsächlich in Geld schwimmen wie Dagobert Duck, er könnte die Strafe aus der Portokasse zahlen – allerdings mit Ingrim, verküffelnem Gesicht und schmerzverkrümmt. Für Donald Trump kam es jetzt freilich knüppeldick: Ein Gericht in seiner Heimatstadt New York verdonnerte ihn erst zu 83 Millionen Dollar an Schadenersatzzahlung wegen Diffamierung einer Autorin. Und obendrein brummte ihm ein anderes Gericht in Manhattan 464 Millionen Dollar inklusive Zinsen wegen Bilanzfälschung auf.

Mehr als eine halbe „Mille“, wie Milliardäre unter ihresgleichen vermutlich sagen, das bringt auch ein Immobilien-Mogul nicht im Handumdrehen auf. Zumal sich sein „flüssiges“ Vermögen auf maximal 400 Millionen Dollar beläuft. Pech für den „King of the Deal“, der plötzlich ohne Kleider dasteht – enthüllt und entblättert, was selbst für seine eingefleischtesten Fans ein unschöner Anblick sein muss. Nun muss ihr vermeintlicher Heilsbringer sie um 20-Dollar-Spenden anschnorren, damit sie ihm aus der Patsche helfen.

Wie immer, wenn es ihm an den Kragen geht, schreit „The Donald“ Zeter und Mordio. Er könnte Millionärsfreunde bei einem Spendendinner in Mar-a-Lago anpumpen. Auf die ist aber kein rechter Verlass. Und Onkel Dagobert? Der hat sich in seinem Goldpalast verbarrikadiert und lässt Donald nicht rein. (vier)

E-Mails an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Zur Erinnerung an einen
heldenhaften Kämpfer

Zum Tod von Alexej Nawalny
Alexej Nawalny, todesmutiger Kritiker des diktatorischen Regimes von Wladimir Putin, ist am Freitag in einem Straflager in der russischen Arktis ums Leben gekommen. Nachdem er im August 2020 einen Giftgasanschlag nur knapp überlebt und sich danach zur medizinischen Behandlung in Deutschland aufgehalten hatte, ist Nawalny im Jänner 2021 freiwillig nach Russland zurückgekehrt, wohl wissend, was er dort zu gewärtigen hat. Was Nawalys Mörder im Jahr 2020 nicht gelungen ist, wurde nun in einem sibirischen Straflager nachgeholt. Zur Erinnerung an diesen heldenhaften

Kämpfer für Freiheit und Demokratie in Russland schlage ich vor, dass die Wiener Stadtverwaltung den Abschnitt der Reisnerstraße vor dem Gebäude der Botschaft der Russischen Föderation in „Alexej-Nawalny-Straße“ umbenennet.
Dr. Martin Vukovich, BS i.R., 1070 Wien

Entlarvendes zu den
Pensions-Zuzahlungen

„Wie es um die Pensionen steht“, von Jeannine Hierländer, 9. 2.
Hierzu passt wunderbar ein Beitrag von Josef Urschitz vom 25. 8. 2023, in dem er (zu den damaligen Zahlen) darstellt, wie hoch die Zuzahlung des Bundes zu den Pensionszahlungen sein müsste: „Die Pensionszahlungen an die 2,1 Millionen PVA-Kunden sind zu 95,8 % durch die Beitragszahlungen gedeckt.“ Entlarvend ist eine weitere Passage aus Urschitz' Beitrag: „Dass die PVA trotzdem nicht nur die 1,6 fehlenden Pensionsmilliarden jährlich vom Bund benötigt, sondern insgesamt bereits mehr als sechs, hängt damit zusammen, dass man ihr

auch Ausgaben umgehängt hat, die mit Pension an sich rein gar nichts zu tun haben. Rehabilitation bspw. oder Pflege.“ Die Selbstständigenpensionen sind allerdings schlechter gedeckt. Dazu Urschitz: „Aber selbst wenn man diese zu den PVA-Milliarden hinzurechnet, ergibt sich für die reine Pension ein Fehlbetrag von 4,5 Mrd. Das sind immer noch 90 % Deckungsgrad.“

Für die Differenz zum tatsächlichen „Zuschuss“ von fast zehn Mrd. gilt ebenfalls das o.g. „Umhängen“ von anderen Aufwendungen. Und den größten Teil des Zuschusses von 11,5 Mrd. zu den Beamtenpensionen sollte man eigentlich als Arbeitgeber-Anteil sehen, wie er ja jedem Unternehmen als Teil des Arbeitgeber-Anteils zur SV abverlangt wird. Noch Fragen?
Werner Klug MA, 3470 Kirchberg

Ausdruck von Toleranz?

„Akademikerball mit FPÖ-Prominenz...“, diepresse.com, 16. 2.
Wer kann mir erklären, warum das Vernetzungstreffen der euro-

Kilo sind das 26 Euro. Der Landwirt bekommt schlappe 20 Cent für ein Kilo Kartoffeln, 0,7 % des Verkaufspreises. Auf diese Art kann man alle Lebensmittel auf ihren landwirtschaftlichen Wertschöpfungsanteil hin untersuchen. Es gilt das Prinzip: Je höher die Verarbeitungsstufe, umso geringer der Anteil für den Landwirt.

Schritt in die Freiheit

Ein weiterer Frustpunkt ist die Ordnungspolitik samt überbordender Verwaltung. Als Österreich 1995 der EU beitrug, war das für alle fortschrittlich denkenden Landwirte ein Schritt in die Freiheit. Von einem geschützten und streng reglementierten Markt, wir mussten damals bei der Bauernkammer jährlich Berechtigungsscheine einlösen, traten die Landwirte in einen großen Binnenmarkt ein und fanden eine Vielzahl von Chancen vor.

Über die vergangenen Jahrzehnte hat sich die Gemeinsame Agrarpolitik leider schlecht entwickelt, eine wahre Regulierungswut prasselt auf die Betriebe nieder, und die Agrarverwaltung, aber auch andere Behörden, tun ihr Übriges, um die Betriebe zu piesacken. Anstatt mehr Freiheit und Eigenverantwortung gibt es mehr Gesetze und Regelungen.

Den Verantwortlichen in der EU-Kommission und den Ländern ist offenbar nicht bewusst, dass noch mehr Gesetze und Verbote sicherlich nicht das gewünschte Ergebnis für Umwelt und Co. bringen werden, sondern im Gegenteil eine Blockadehaltung samt passivem Widerstand fördern. Die Bauernproteste zeigen klar auf, dass die Ordnungspolitik ausgedient hat.

Leider hat die europäische Staatengemeinschaft auch beim Thema Ukraine und Landwirtschaft keine glückliche Hand bewiesen. Vielleicht war es human gedacht, aber trotz aller Warnungen hat man das alte Assoziierungsabkommen mit der Ukraine über Bord geworfen und einen zoll- und quotenfreien Import von Agrarprodukten wie Weizen, Mais, Sonnenblume, neuerdings auch Zucker und Fleisch in die EU zugelassen. Dass die globalen Handelsriesen wie Cargill und Dreyfus sich nicht zwei-

mal bitten ließen, ist klar. Die Folge ist seit zwei Jahren eine Überflutung der europäischen Märkte mit ukrainischen Produkten samt Preisverfall. Europa kauft so den bedürftigen Schwellenländern Getreide und Ölsaaten sprichwörtlich vor der Nase weg und schädigt gleichzeitig die eigenen Erzeuger. So hilft die EU aktiv mit, dass der russische Einfluss in den importierenden Schwellenländern erhöht wird.

Jeder Landwirt weiß, dass die ukrainische Landwirtschaft, welche knapp ein Drittel der europäischen Ackerfläche umfasst, nicht vom EU-Binnenmarkt aufgenommen werden kann, einerseits aufgrund der Menge, andererseits aufgrund der dort nicht existierenden Sozial- und Umweltstandards. Eine europäische Ukraine-Hilfe muss daher ehrlich sein, darf jedenfalls nicht dazu führen, dass die heimischen Betriebe unter die Räder kommen.

Hoffnungsfrohe Zukunft?

Oft wird auch über die Kosten für die europäische Landwirtschaft heftig diskutiert. Eine kurze Aufklärung: Durchschnittlich gehen jährlich 2 % des europäischen Steueraufkommens an die EU, 98 % geben die Mitgliedstaaten national aus für Pensionsstützungen etc. Von diesen 2 % werden etwas mehr als 30 % für die Gemeinsame Agrarpolitik aufgewandt. Für den Bürger bedeutet dies, dass er für etwas mehr als 0,5 % der Steuereinnahmen sichere und leistbare regionale Nahrungsmittel erhält, welche nach einheitlichen Standards erzeugt werden, an strenge Umwelt- und Tierschutzauflagen geknüpft sind usw. Eigene Berechnungen ergeben, dass für auf diese Weise grundversorgte Bürger sechs bis acht Euro pro Jahr und Konsument an öffentlichem Geld eingesetzt werden. Ich meine, dies ist für die Europäer ein sehr gutes Geschäft! Warum die verantwortlichen Politiker nicht in der Lage sind, diese einfachen Zusammenhänge besser zu erklären, weiß ich nicht.

Die Zukunft könnte jedenfalls eine hoffnungsfrohe sein: Europa erkennt und schätzt die Bedeutung der Selbstversorgung seiner Bürger mit Nahrungsmitteln. Gleichzeitig wird das Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft formuliert. Die Landwirte selbst übernehmen die Verantwortung dafür und legen für ihre Leistungen entsprechende überprüfbare Berichte vor. Diese gelebte Eigenverantwortung würde dem europäischen Lebensmodell besser entsprechen als das bisherige. Am besten, die Landwirtschaft fängt damit gleich an.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Die Zinswende hat unerwünschte Folgen

Gastkommentar. Die Zentralbanken müssen wohl mit negativem Eigenkapital arbeiten. Ist das wirtschaftlich und rechtlich möglich?

VON PAUL DE GRAUWE UND DIANE FROMAGE

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Zentralbanken (NZB) stecken in einer Bredouille, denn die Zinswende, mit der die Inflation bekämpft werden soll, hat unerwünschte Folgen: Die Zentralbanken müssen Milliarden an die Banken zahlen. Infolge der umfangreichen Anleihekaufprogramme der EZB und der NZB seit 2015 haben die Banken große Mengen an Bankreserven angesammelt. Diese werden nun mit einem Zinssatz von vier Prozent verzinst. Dies hat unweigerlich zu großen Verlusten bei der EZB und den NZB geführt und könnte nunmehr dazu führen, dass die EZB und (einige) NZB mit negativem Eigenkapital arbeiten müssen, was wiederum die Frage aufwirft, ob dies wirtschaftlich und rechtlich möglich ist.

Das Kapital der EZB wird ausschließlich von den NZB gehalten. Der Rat der EU (d. h. die Mitgliedstaaten) legt den Höchstbetrag fest. Der EZB-Rat kann eine Kapitalerhöhung innerhalb der von den Mitgliedstaaten im Rat der EU festgelegten Obergrenze beschließen. Nur mithilfe eines gemeinsamen Beschlusses können die Mitgliedstaaten das Kapital der EZB über diese Grenze hinaus weiterhin erhöhen. In der ESZB-Satzung ist auch festgelegt, wie die Gewinne der EZB zu verteilen sind. Im Gegensatz dazu entscheiden die Mitgliedstaaten autonom darüber, wie die Gewinne ihrer Zentralbanken verteilt werden. Dabei ist es nicht unüblich, diese in die Bundeshaushalte fließen zu lassen.

Nationale Haushalte belastet

Dies verdeutlicht auch, weshalb die Frage der Zentralbankgewinne und -verluste in jüngster Zeit so relevant geworden ist: In der jüngeren Vergangenheit erhielten die Regierungen der Mitgliedstaaten umfangreiche Transfers durch ihre NZB, welche nun wegfallen, was wiederum die nationalen Haushalte belastet. Darüber hinaus haben die hohen Verluste der NZB die Frage nach einer möglichen Rekapitalisierung der

Zentralbank aufgeworfen. So sieht Artikel 33 der ESZB-Satzung vor, dass bis zu 20 Prozent der Gewinne der EZB dem allgemeinen Reservefonds zugeführt werden können, dessen Gesamtbetrag 100 Prozent des Kapitals der EZB nicht überschreiten darf. Dieser Fonds kann zum Ausgleich von Verlusten der EZB verwendet werden. Die übrigen Gewinne der EZB werden an die NZB entsprechend ihren eingezahlten Anteilen verteilt. Sollten die im allgemeinen Reservefonds verfügbaren Mittel nicht ausreichen, um die Verluste der EZB auszugleichen, können die monetären Einkünfte des betreffenden Jahres auf Beschluss des EZB-Rates verwendet werden, um die Lücke zu schließen.

Sache der Mitgliedstaaten

Die EU-Verträge sagen jedoch nichts darüber aus, ob die EZB mit negativem Eigenkapital arbeiten kann (oder nicht). Es muss daher davon ausgegangen werden, dass es der EZB rechtlich möglich ist, mit negativem Eigenkapital zu arbeiten. Auch eine automatische Rekapitalisierung ist nicht vorgesehen. Sollte die EZB also weiterhin Verluste machen, könnte sie rechtlich gesehen mit negativem Eigenkapital arbeiten, ohne dass die Regierungen der Mitgliedstaaten die EZB über ihre NZB rekapitalisieren müssen. Da die EU verpflichtet ist, die Verfassungsidentität ihrer Mitgliedstaaten zu respektieren, ist es auch Sache jedes einzelnen Mitgliedsstaats zu entscheiden, ob seine NZB mit negativem Eigenkapital arbeiten darf. Nur sehr wenige von ihnen – zu denen Österreich nicht gehört –

haben sich für eine automatische Rekapitalisierung entschieden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es kein Problem, mit negativem Eigenkapital zu arbeiten.

Gelegentlich wird behauptet, dass die Unabhängigkeit einer Zentralbank durch negatives Eigenkapital gefährdet sein könnte. Beeinträchtigt negatives Eigenkapital nun die Unabhängigkeit einer Zentralbank? Wir sind der Meinung, dass dies nicht der Fall ist, weder rechtlich noch wirtschaftlich. Rechtlich gesehen gäbe es nur ein Hindernis dafür, nämlich wenn die finanzielle Unabhängigkeit einer NZB in den Augen der EZB gefährdet wäre, d. h. wenn die EZB der Ansicht wäre, dass die betreffende NZB nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben im Rahmen des ESZB zu erfüllen. Ein solches Szenario erscheint allerdings als besonders unwahrscheinlich.

Ungerechtfertigte Kritik

Es könnte jedoch sein, dass negatives Eigenkapital aufseiten der NZB auf Kritik stößt, weil man (zu Unrecht) der Meinung ist, dass negatives Eigenkapital die Geschäfte der Zentralbank und damit ihre Glaubwürdigkeit beeinträchtigt. Wenn dies der Fall ist, können die Regierungen die Zentralbank rekapitalisieren. Im Prinzip könnten also sowohl die EZB als auch die NZB mit negativem Eigenkapital arbeiten, ohne dass dies aus rechtlicher Sicht ein besonderes Problem darstellen würde; sollte jedoch die finanzielle Unabhängigkeit einer NZB gefährdet sein, könnte die EZB ihre Rekapitalisierung verlangen.

Während negatives Eigenkapital weder rechtlich noch wirtschaftlich ein Problem darstellt, ist die Tatsache, dass die Zentralbanken in der Eurozone nun ihre gesamten Gewinne (und mehr) an die Geschäftsbanken abführen, ein ernstes Problem. Für eine solche Großzügigkeit gegenüber den Banken gibt es kein gutes wirtschaftliches Argument. Die Gewinne der Zentralbanken sollten an die Regierungen gehen, die den Zentralbanken das Monopol zur Ausgabe von Geld übertragen haben.

DIE AUTOREN

Paul De Grauwe hält den John-Paulson-Lehrstuhl an der London School of Economics and Political Science. Sein Hauptforschungsinteresse gilt der Wirtschaft der Währungsunion.

Diane Fromage ist Professorin für Europarecht und Stellvertretende Leiterin des SCEUS an der Universität Salzburg. Ihre Forschung konzentriert sich hauptsächlich auf die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, insb. die Bankenunion.

DER AUTOR



Maximilian Hardegg (*1966) ist Landwirt und betreibt in Niederösterreich auf Gut Hardegg mit 40 Mitarbeitern Landwirtschaft. 2023 wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen für besondere Verdienste um das Land NÖ ausgezeichnet.

päischen Rechten – Extremisten nicht ausgeschlossen – ausgerechnet in Österreichs Hauptstadt und deren Repräsentationsgebäude stattfinden muss? Dieses Treffen als Akademikerball zu bezeichnen, ist eine Beleidigung der Bildungsbürgerschaft des Landes, die dieses Event erstaunlich leise an sich vorübergehen lässt. Ist dies ein Ausdruck von Toleranz und Liberalität oder schlicht naiv?

Maria Haberl, 3323 Neustadt

Langfristige Nutzung der Atomkraft unumgänglich

„Wer weiß es besser“, „Quergeschrieben“ v. Rosemarie Schwaiger, 14. 2. Frau Schwaiger bringt es auf den Punkt! So schmerzhaft es für grüne Politiker auch klingen mag: Um die Energiewende zu schaffen, wird die langfristige friedliche Nutzung der Atomkraft unumgänglich sein. Eine konkurrenzfähige Industrie benötigt eine verlässliche und kostengünstige Stromversorgung. Der Nobelpreisträger von 1997, Steven Chu, sieht in der Atomkraft

die beste Lösung. Für Wohlstand, Umwelt und letztlich die Gesundheit der Menschen.

Und das Sicherheitsrisiko? Wir erinnern uns an die Volksabstimmung gegen Zwentendorf 1978, an die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl 1986 oder an jene von Fukushima 2011. Steven Chu antwortet darauf mit Zahlen: Braunkohle forderte 33 Tote pro Terawattstunde, Steinkohle 25 und Öl 18. Die Kernkraft liegt bei 0,03 Opfern. Ein Super-GAU würde allerdings die Zahlen wieder relativieren. Die Technologie zur Beherrschung der Atomenergie und ihrer Entsorgung wird sich weiterentwickeln (müssen). Und die Öffentlichkeit muss lernen, sachlich zu argumentieren und nicht in Angstbildern.

Dkfm. Dr. Johannes Weinberger BA, 3100 St. Pölten

Kernenergie konnte Erwartungen nie erfüllen

Quelle von Schwaigers Ausritt gegen vermeintlich falsche Energiewende-Ideologie sind Äu-

ßerungen eines US-Physiknobelpreisträgers. Sie sitzt damit zwei Irrtümern auf: Erstens, dass Physiker besondere Auskenner im Bereich des Energiewesens wären, und zweitens, dass ein Nobelpreis einen Laureaten zu einer Art Ober-Experten für eh alles mache – beides ist unzutreffend. Steven Chu hat seinen Preis für das Einfangen und Kühlen von Atomen mit Lasern bekommen; schön für ihn, aber off topic. Die harten energiewirtschaftlichen Fakten (abseits der Sicherheitsdiskussion): Kernenergie war nie in der Lage, die in sie gesetzten hohen Erwartungen zu erfüllen, und kam auch in den besten Zeiten nie über einen Anteil von zwei Prozent der weltweiten Globalenergieproduktion hinaus. Neue Kernenergieprojekte machen v. a. durch technische Probleme, Verzögerungen und Kostenexplosionen Schlagzeilen. Angesichts eines überalterten Bestandes ist deshalb der weitere Bedeutungsverlust programmiert – für große Erwartungen fehlen sämtliche Voraussetzungen.

Wolfgang Rehm, 1180 Wien

Dann würden Frauen länger arbeiten als Männer

„Equal Pay Day: Die Crux mit der Einkommensschere“, 14. 2. Auch wenn sich in Österreich die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern immer mehr schließt, bestehen noch immer Unterschiede, die ausgeglichen werden müssen. Allerdings gehörten im Sinne der Gleichberechtigung auch andere Themen besprochen: z. B. die Anpassung des Pensionsalters an das Lebensalter (dann würden Frauen länger arbeiten als Männer und auch eine bessere Pension bekommen). Natürlich ist als gesellschaftlicher Beitrag auch ein Präsenzdienst für Frauen anzudenken, etwaige Kinderbetreuungszeiten könnten beim Pensionsantrittsalter gegengerechnet werden.

Nebenbei sei auch erwähnt, dass Frauen teilweise gar nicht bereit sind, Vollzeit zu arbeiten, und Frauen mit Kindern häufig darauf bestehen, die ersten Jahre vorwiegend mit den Kindern zu verbringen, und keiner beruflichen Tätig-

keit nachgehen oder nur Teilzeit arbeiten. Beides ist eine zu respektierende Entscheidung beider Elternteile, stellt aber kein „Sprungbrett“ für die berufliche Karriere der Frau dar.

Dass das der SPÖ nahestehende Momentum-Institut die Bedeutung der Berufswahl (MINT) für irrelevant für die Lohnunterschiede hält, ist ebenfalls kritisch zu hinterfragen.

Mag. Philipp Pimmer, 1200 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: leserbriefe@diepresse.com

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.